

DRINGENDER ANTRAG

Sozialvereine

Der Gemeinderat möge beschließen

Herr Bürgermeister wird beauftragt, ...

1. zu evaluieren, welche sozialen Einrichtungen (Vereine und Institutionen) in Innsbruck von der Kürzung der Bundesmittel betroffen und in ihrer Existenz bedroht sind.
2. einen Fonds zu gründen, um die betroffenen bzw. bedrohten Einrichtungen aufzufangen.
Bedeckung: Mehreinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung
3. das Gespräch mit der Landesregierung zu suchen, um entsprechende Maßnahmen zur Stützung dieser Einrichtungen tirolweit zu koordinieren.

Begründung

In den vergangenen Jahrzehnten hat ein dichter Verbund von sozialen Einrichtungen (Vereinen und Institutionen) das soziale Netz in Innsbruck getragen. Die Pläne der Bundesregierung, vielen dieser Einrichtungen die Mittel zu kürzen, durchlöchern deshalb das soziale Netz und gefährden den sozialen Frieden.

Recherchen von ALI bei über 80 Institutionen (unter anderem Verein Integration Tirol, Suchtberatung Tirol, DOWAS, Frauen gegen Vergewaltigung, Familienberatungsstelle Evita, Beratungsstelle Courage, Verein WAMS usw.) belegen: Die Folgen der Kürzungen für das Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Innsbruck könnten gravierend sein. Menschen in Krisensituationen bliebe der rasche Zugang zu Beratungsangeboten verwehrt. Sozial- und Präventionsarbeit wäre nur in reduziertem Umfang möglich, was zu mehr Konflikten und Delikten führen könnte. Sozial geschwächte Mitglieder unserer Gesellschaft (u.a. Kinder) würden zusätzlich an den Rand gedrängt.

Es ist daher Aufgabe der Stadtregierung, rasch Abhilfe zu schaffen und diese Einrichtungen unbürokratisch zu stützen. Den Niedergang vieler dieser Einrichtungen in Kauf zu nehmen, wäre im Gegenzug fahrlässig und angesichts des Wachstums der Stadt Innsbruck nicht zu verantworten.